



Nr. 331 | 24.04.2026

Ukraine-Analysen

40 Jahre Tschornobyl

ANALYSE	
Zwischen imperialer Katastrophe und nationaler Resilienz: die ukrainische Kernenergie 40 Jahre nach Tschornobyl Anna Veronika Wendland (Herder-Institut, Marburg)	2
STATISTIK	
Atomkraftwerke in der Ukraine	7
UMFRAGEN	
Einstellung der Bevölkerung zu Kernenergie	10
KOMMENTAR	
Tschornobyl und der Krieg Rebecca Harms	12
Russland nutzt das nukleare Katastrophenpotenzial von Tschernobyl aus Victoria Voytsitska (We Build Ukraine, Kyjiw)	15
Vierzig Jahre danach: Wie die ukrainische Zivilgesellschaft mit Tschornobyl umgeht Anna Ackermann	18
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	20

Zwischen imperialer Katastrophe und nationaler Resilienz: die ukrainische Kernenergie 40 Jahre nach Tschornobyl

Anna Veronika Wendland (Herder-Institut, Marburg)

DOI: 10.31205/UA.331.01

Zusammenfassung

Am 26. April 2026 jährt sich der Unfall im ukrainischen Kernkraftwerk Tschornobyl zum vierzigsten Mal. Voraussichtlich wird dieser Jahrestag in der Ukraine ohne größere Gedenkveranstaltungen verstreichen, da im fünften Kriegsjahr das Überleben des ukrainischen Staates alle anderen Probleme überschattet. Stand Tschornobyl als zentraler Erinnerungsort einst für die größte nationale Katastrophe der Nachkriegszeit in der Ukraine, ist es heute, mit dem neuen »Großen Krieg« gegen Russland, nur eines der vielen Glieder in einer Kette nationaler Katastrophen, die aus ukrainischer Sicht unverbrüchlich mit russischer Vorherrschaft und imperialer Überformung verbunden sind – vom Holodomor über die Säuberungen der Stalinzeit bis zu den als genozidal empfundenen aktuellen russischen Gewaltpraktiken in den besetzten Gebieten.

Postkoloniale Leidensgeschichten

Fast symbolisch mag es anmuten, dass sich diese Überformung auch in den Geschichten der Opfer überlagert hat: im November 2025 kam Natalija Chodemtschuk, die Witwe des ersten Tschornobyl-Opfers Walerij Chodemtschuk, bei einem russischen Luftangriff auf das Kyjiwer Viertel Trojeschtschyna ums Leben, wo nach 1986 viele Evakuierte aus der Kerntechnikerstadt Prypjat eine neue Heimat gefunden hatten. Walerij Chodemtschuk hatte in der Unfallnacht als Techniker im Block 4 des Kernkraftwerks Tschornobyl gearbeitet und wurde unter den Trümmern des zerstörten Reaktorgebäudes begraben; sein Leichnam konnte nicht geborgen werden, weswegen eine Gedenktafel im Inneren des Nachbarblocks 3 an ihn erinnert. Zwei Leben, die nach dem Empfinden der Ukrainer der russische Imperialismus auf dem Gewissen hat: Walerij fiel einer fehlkonstruierten Staatsatomtechnik an der Peripherie des Sowjetimperiums zum Opfer, Natalija dem revanchistischen Furor eines Regimes, das ebenjenes Imperium wiederherstellen möchte.

Kein Atomausstieg

Trotz dieser Einschreibung Tschornobyls in eine postkoloniale ukrainische Leidensgeschichte führte die Katastrophe nicht zu einem Atomausstieg. Das macht die Ukraine wiederum vergleichbar mit den beiden anderen Ländern, die schwere Atomunfälle erlebten, vor allem Japan mit Fukushima (2011) und die USA mit Three Mile Island (1979). Während Japan nach einem über zehnjährigen Atommoratorium seine nuklearen Kapazitäten stufenweise wieder in Betrieb nimmt, haben sich weder die USA noch die Ukraine von ihren Kernenergie-wirtschaften verabschiedet. Tschornobyl als Menetekel einer Atomausstiegsgeschichte wurde global betrachtet nur in Deutschland virulent; andere Länder, die damals

ihren Ausstieg erklärten, haben ihn inzwischen wieder modifiziert, wie Schweden oder Italien. In der Ukraine hingegen hat die Kernenergie seit 1986 eine erstaunliche Entwicklung durchlaufen. Inzwischen ist sie neben der Rüstungsindustrie und der Eisenbahn – also weiteren Infrastrukturen, die die Ukraine von der Sowjetukraine geerbt und weiterentwickelt hat – zu einem wichtigen Stabilitätsanker der kriegführenden Ukraine geworden, und das war keine selbstverständliche Entwicklung.

Tschornobyl und die Systemfrage

Direkt nach dem Unfall erlebte die Kernenergie in der Ukrainischen SSR zunächst einen massiven Vertrauensverlust, der den atom-euphorischen Boom der 1970er und 1980er Jahre in der Sowjetrepublik abrupt beendete. Bis dahin hatten Kernkraftwerke als saubere Alternative zur Kohleverstromung gegolten. Die Kernenergie genoss das Prestige einer Zukunftsindustrie mit gut bezahlten High-Tech-Arbeitsplätzen in privilegierten Werksstädten – Städten wie Prypjat.

Nach dem Unfall jedoch kamen in der Ukraine der *Perebudowa*-Zeit (das ukrainische Wort für *perestrojka*, dt. Umbau; eines der Schlagwörter der Reformära unter Gorbatschow) die systemischen Mängel der Atomindustrie auf den Tisch, die auch als Mängel des sozialistischen Herrschaftssystems verstanden wurden: Intransparenz; Verantwortungsdiffusion; Mangelwirtschaft bei gleichzeitigem Produktionsdruck um jeden Preis; eine nicht existente Fehlerkultur, die in der Vertuschung statt Aufarbeitung vorangegangener Störfälle resultierte; strenge Hierarchisierung; Gehorsam ohne Widerspruch. All diese Faktoren hatten dazu geführt, dass in Tschornobyl ein Reaktor mit schweren Sicherheitsmängeln betrieben wurde, ohne dass das vorhandene Wissen darüber zu den Menschen am Ende der Befehlsketten gelangte, die die Anlagen bedienten. Die

Kernenergie wurde nun als imperiales System in Frage gestellt und der Moskauer diktatorische Zentralismus als *root cause* des Atomunfalls identifiziert. Diese systemsprenge Erkenntnis verflocht sich mit dem gleichzeitig anschwellenden sozialen und kulturellen Protest, der die mangelhafte Versorgung mit Wohnraum, Lebensmitteln und medizinischer Betreuung in den radioaktiv belasteten Gebieten genauso thematisierte wie die Sprachenrechte der Ukrainer. In dieser Zeit dominierten öko-nationalistische Perspektiven auf die Kernenergie in der Ukraine, die Schattierungen und Ambivalenzen der ukrainischen Atomgeschichte ausblendeten.

Die nukleare Ukraine

Zu diesen Ambivalenzen gehörte, dass die ukrainischen politischen und wissenschaftlich-technischen Eliten, beginnend mit dem nationalkommunistischen Parteichef Petro Schelest Ende der 1960er Jahre, die Kernenergie begrüßt und nukleare Kompetenzen in die eigene Sowjetrepublik gezogen hatten. Die Atomwirtschaft galt als probates Instrument, um die Position der Ukraine als *Secunda inter Pares* innerhalb der Sowjetunion auszubauen. Zum späteren Viktimisierungsnarrativ wollte auch nicht so recht passen, dass die einzelnen Kernkraftwerke in der ukrainischen Provinz durchaus erfolgreiche Einwurzelungsgeschichten vorweisen konnten, was vor allem mit der Rekrutierung von Arbeitskräften aus den umgebenden Regionen zu tun hatte. In den siebziger Jahren entstand jene regional differenzierte Energiewirtschafts-Geografie der Ukraine, die noch bis zur russischen Invasion das Land geprägt hat: Kohleverstromung im Osten mit seiner starken Montanindustrie, Wasserkraft im Zentrum mit der Dnipro-Staudammkaskade, und Kernenergie vor allem in den Landesteilen westlich des Dnipro, die erst seit 1960 massiv industrialisiert wurden und daher besonders an Strommangel litten.

Neben den in Moskau, Leningrad oder Tomsk ausgebildeten altsovjetschen Atomingenieuren – davon sehr viele, die aus der Ukraine stammten – rückten bald auch westukrainische Spezialisten in die Funktionsstellen der Kerntechnik ein. Anders als Tschornobyl konnten die anderen Atomstandorte der Ukraine die Transformationskrise nach 1986 in eine Erfolgsgeschichte ummünzen. Ein Beispiel ist die Anlage Riwne in der Nordwestukraine mit vier Druckwasserreaktoren. Der Druckwasserreaktor ist ein transnationales Leistungsreaktor-Standardmodell, das seit dem späten 20. Jahrhundert auch in den USA, Frankreich und Westdeutschland dominiert. In seiner sowjetischen Ausprägung WWER (eine Abkürzung für »wassermoderierter, wassergekühlter Leistungsreaktor«) wurde dieser Reaktortyp auch im östlichen Europa etabliert. Das Kernkraftwerk Riwne, das als Referenzanlage für neue Projekte in der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR diente, wurde nach

Tschornobyl zum Standort der ersten IAEA-*peer review* und »Fenster zum Westen« der sowjetischen Kernenergiewirtschaft. Vorher hatte die Sowjetunion keine internationalen Begutachtungen ihrer Atomanlagen erlaubt. Die sowjetische Nationalreaktorlinie RBMK, ein grafitmoderierter Druckröhren-Siedewasserreaktor, der in Tschornobyl verunglückt war, wurde hingegen nicht mehr weitergeführt.

Kernenergie nach der Unabhängigkeit der Ukraine

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit erfuhr die Kernenergie in der Ukraine rasch einen Bedeutungswechsel. Der von öko-nationalistischen Akteuren bevorzugte Abolitionismus nach deutschem Muster konnte sich nicht durchsetzen, weil die neuen, in großen Teilen sowjetisch geprägten ukrainischen Eliten das Potenzial der Kernenergie für die kriselnde, energieintensive ukrainische Wirtschaft nicht aufgeben wollten. Daher wurde ab Mitte der 1990er Jahre ein Teil der vorher durch ein Baumatorium stillgesetzten sowjetischen Atombauwerken weitergeführt. In Saporischschja, Riwne und Chmelnyzkyj gingen bis 2004 neue Reaktorblöcke in Betrieb, die auch die im Jahr 2000 endgültig stillgelegten verbliebenen drei Blöcke in Tschornobyl ersetzen konnten. Das Hochspannungsnetz wurde ausgebaut, die Atomaufsicht nach US-Vorbild reorganisiert und neue Kooperationen mit westlichen Gutachterorganisationen sowie Lieferanten aufgebaut. Gleichzeitig wurde die Verwaltungssprache der Anlagen schrittweise ukrainisiert. Das war ein wichtiger symbolischer Schritt, denn Kernkraftwerke galten zu sowjetischen Zeiten – wie andere große Industriebetriebe in der Ukraine – als »Russifizierungsagenturen«. Gleichzeitig blieb aber die ukrainische Atomwirtschaft bis zur Annexion der Krym 2014 noch stark mit Russland verflochten, sowohl bei der Lieferung von Kernbrennstoff, die erst in den 2010er Jahren auf den US-Lieferanten Westinghouse umgestellt wurde, als auch beim nuklearen Maschinenbau.

Vor der russischen Totalinvasion hatte die Ukraine einen Atomstromanteil von rund 50 Prozent. Bereits vor 2014 zeichnete sich die ukrainische Strategie ab, im Stromsektor auf Entflechtung von Russland sowie auf einen Energiemix aus Kernenergie und erneuerbaren Energien zu setzen. Das umfasste Stromexport-Pläne in die EU, den Ausbau der Kuppelstellen mit dem europäischen Verbundnetz und Planungen für eine Erweiterung der westukrainischen AKW-Standorte Chmelnyzkyj und Riwne um neue Reaktorblöcke. In der ersten Woche nach der russischen Totalinvasion wurde das ukrainische Stromnetz mit dem europäischen Verbundnetz ENTSO-E synchronisiert – ein wichtiger technischer und symbolischer Schritt der Ukraine Richtung EU. Die gegenwärtig stark auf nukleare Grundlast set-

zende Strategie erfährt auch Kritik von Akteuren, die eher im – allerdings aktuell erodierenden – Argumentationstrend der EU liegen, demzufolge der Kernenergieausbau mit finanziellen Risiken behaftet sei und besser Wind- und Sonnenenergie das Rückgrat der Stromversorgung bilden sollten.

Tschornobyl ist während dieser Transformationszeit zu einem etablierten nationalen und globalen Erinnerungsort geworden, an dem sich neben den traditionellen Praktiken des zivilgesellschaftlichen Mahnens und Erinnerns mit Gedenktagen, lokalen Denkmälern für die »Liquidatoren« und Museen auch neue, postmoderne kulturelle und kommerzielle Praktiken etablierten, vor allem ein florierender *dark tourism* rund um die Sperrzone von Tschornobyl. Mit »Chernobyl Tours« und anderen Dienstleistern konnte man Reisen in die Sperrzone buchen, die inzwischen auch auf speziellen Touristenkarten verewigt ist. Auch die viel beachtete HBO-Miniserie »Chernobyl« hat sehr zu diesem Trend beigetragen.

Kernenergie im Krieg

Mit der russischen Vollinvasion im Februar 2022 wurde ein ganz neues und nicht weniger dramatisches und ambivalentes Kapitel in der ukrainischen Atomgeschichte aufgeschlagen, in dem auch Tschornobyl wieder eine neue Bedeutung zugewiesen wurde, nämlich einerseits als Angriffsobjekt der Invasoren, andererseits als Referenzpunkt der Angstkommunikation im hybriden Krieg. Bereits in den ersten Kriegstagen wurde die seit dem Jahr 2000 stillgelegte Anlage angegriffen und für mehrere Wochen besetzt. Die von den ukrainischen Kräften zurückgedrängte russische Armee hinterließ Zerstörungen an Infrastruktur und Überwachungsanlagen. In der Folgezeit waren vor allem längere Stromausfälle das Hauptproblem in Tschornobyl, was aber anders als an den aktiven AKW-Standorten eine nicht ganz so große sicherheitstechnische Herausforderung bedeutete, da der hier gelagerte abgebrannte Kernbrennstoff nach 25 Jahren Lagerzeit nur noch geringfügig Wärme entwickelt und die Nasslager, in denen er untergebracht ist, längere Zeit ohne externe Stromversorgung bleiben könnten, ohne dass die Kühlung gefährdet würde.

Viel mehr Anlass zur Besorgnis gab im Februar 2025 eine gezielte Drohnenattacke auf das »New Safe Confinement« des havarierten Blocks 4, unter dem der 1986/87 errichtete, instabil gewordene »Sarkophag«, die erste provisorische Schutzhülle um den zerstörten Reaktor, schrittweise zurückgebaut werden soll. Die Außenhaut des Hangar-ähnlichen Containments wurde durch einen Brand beschädigt, mit ihr aber auch das Druckhaltesystem, das das Gebäude lüftungstechnisch von der Umgebung isolieren soll; es wurden aber keine radio-

aktiven Stoffe freigesetzt. Nach Auskunft von Fachleuten wird die Reparatur lange Zeit in Anspruch nehmen.

Im Mittelpunkt der größten Befürchtungen standen allerdings die laufenden ukrainischen Anlagen. In der Anfangszeit des Krieges bildete man vor allem Szenarien über den gezielten Beschuss von Reaktorgebäuden mit dem Ziel, einen schweren Kernschmelzunfall auszulösen. Mehrmals gab es Treffer an Nebengebäuden des Kernkraftwerks Saporischschja, das mit sechs Blöcken das größte AKW Europas ist und wegen seiner Lage an der Frontline besonders exponiert ist. Saporischschja wurde bereits in den ersten Märztagen 2022 von den russischen Truppen beschossen und dann erobert. Das Containment eines WWER-1000-Reaktors ist für den Absturz eines schnell fliegenden Militärflugzeugs und gegen Explosionsdruckwellen ausgelegt und kann einen Zufallstreffer ohne Gefährdung von sicherheitswichtigen Systemen aushalten, allerdings keinen Dauerbeschuss mit Zerstörungsabsicht. Ein solcher ist aber bislang ausgeblieben; vermutlich sorgt dafür nicht nur die gute Absicherung der Anlagen durch Flugabwehrgeschütze, sondern auch die Tatsache, dass sich auch russische Kernkraftwerke in der Reichweite ukrainischer Raketen und Drohnen befinden, so die mit Tschornobyl baugleiche Anlage in Kursk und die Kernkraftwerke Smolensk und Rostow. Vermutlich sorgt also ein Gleichgewicht des Schreckens auf beiden Seiten für das Ausbleiben gezielter Attacken auf Kernkraftwerke.

Als eine viel größere Herausforderung für die ukrainischen Kernkraftwerke während des Krieges hat sich der andauernde russische Beschuss von Schaltanlagen und Übertragungsleitungen herausgestellt. Das seit September 2022 abgeschaltete AKW Saporischschja wurde seit Kriegsbeginn zehn Mal von seiner Netzanbindung abgeschnitten und musste tagelang, in einem Fall sogar über mehrere Wochen, im Notstrombetrieb verharren. In einem solchen Notstromfall werden die sicherheitswichtigen Verbraucher – vor allem die Nachkühlssysteme der Reaktoren, die Beckenkühlung für die gelagerten abgebrannten Brennelemente und die Leittechnik und Instrumentierung – von Dieselgeneratoren und Batterien versorgt. Nach allen vorliegenden Informationen haben die sechs Reaktoren in Saporischschja, die nach mehreren Jahren Stillstand allerdings nur noch geringe Mengen von Nachzerfallswärme abführen müssen, alle Notstromfälle stabil überstanden.

Die Sprengung des Wasserkraftwerks Kachowka im Juni 2023 hatte aufgrund der wassertechnischen Verflechtung des Kernkraftwerks mit dem zugehörigen Stausee zusätzliche Auswirkungen. Das AKW verfügt über einen eigenen Kühlteich, der aus dem Stausee gespeist wurde. Nun wird die – geringe – Verdunstungsrate der Nachkühlkette von Saporischschja aus Tiefbrunnen ersetzt, die auf dem Kraftwerksgelände nieder-

gebracht wurden. Doch für eine Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks, ob nun unter russischer Besetzung oder nach Rückgabe an die Ukraine, müsste die Verbindung zu einer leistungsfähigen Hauptwärmesenke erst wiederhergestellt werden, etwa durch Errichtung eines neuen Einlaufbauwerks für die Kraftwerkskühlung am Fluss Dnipro, der nach dem Verschwinden des Stausees wieder in sein altes Bett zurückgekehrt ist. Die Anlage wird also auf Jahre hinaus für den Leistungsbetrieb nicht bereit sein.

Doch ist mit einer rein technischen Analyse die Gefahrenbeurteilung nicht vollständig. Gerade in der besetzten Anlage Saporischschja wird die Nuklearsicherheit noch durch viele andere Faktoren gefährdet, so durch den Abriss des Kontakts zur rechtmäßigen Betreiberorganisation Enerhoatom und vor allem durch die militärische Zweckentfremdung der Anlage. Die Besatzungsarmee lagert in den Maschinenhäusern und anderen Bereichen der Anlage Fahrzeuge und Munition, mischt sich in fachliche Belange ein und schikaniert die Belegschaft. Inzwischen sind alle Beschäftigten des AKW, die sich nicht zur Annahme russischer Pässe und Arbeitsverträge zwangsverpflichten lassen wollten, entlassen worden. Wer nicht in die freien Gebiete der Ukraine flieht, ist in Lebensgefahr; hunderte von Fällen illegaler Verhaftungen, Verschwindenlassen und Folter sind inzwischen belegt. Somit steht der Standort Saporischschja mit seiner Atomstadt Enerhodar auch für das Schicksal aller Ukrainer unter dem brutalen russischen – und russifikatorischen – Besatzungsregime.

Auch die laufenden ukrainischen Anlagen Riwne, Chmelnyzkyj und Südukraine (bei Mykolajiw) erlitten aufgrund gezielter Beschüsse ihrer Großschaltanlagen mehrere Male Notlagen mit Reaktorschnellabschaltungen, Notstromfällen, Lastabwurf auf Eigenbedarf oder erzwungenem Teillastbetrieb. Insbesondere der außerordentlich kalte Winter 2025/26 stellte die Belegschaften vor immense Herausforderungen bei der Reparatur der immer wieder von Russland angegriffenen Umspannwerke und Freileitungen. Diese Einsätze sind für die Energiearbeiter mit Lebensgefahr verbunden, da häufig mit Doppelschlägen erst die Anlagen und sodann die Reparaturtrupps angegriffen werden.

Gleichzeitig konnten die ukrainischen Kraftwerke, die im Gegensatz zu westlichen Anlagen ihre Revisionen und Wartungsarbeiten nicht an Drittfirmen vergeben, sondern dafür eigenes Personal vorhalten, von diesem Reservoir der *in-house*-Kapazitäten profitieren. Im Eiswinter 2025/26 wuchsen die ukrainischen Kernkraftwerke auch deswegen in einen allseits respektierten Status einer Stütze der ukrainischen Energiewirtschaft hinein, weil fossile und Wasserkraft-Kapazitäten in erheblichem Ausmaß infolge von Kriegseinwirkungen den Betrieb einstellten. Derzeit wird die bedrohte

Stabilität des ukrainischen Netzes vor allem von fünf Faktoren gewährleistet: Kernenergie aus den Standorten Riwne (2800 MW), Chmelnyzkyj (2000 MW) und Südukraine (3000 MW); Stromimporte aus der EU; wachsende Diversifizierung mit erneuerbaren Energien für die Bedarfe von Haushalten und kompakten Verbrauchseinheiten wie Krankenhäusern; Ausbau der Notstromanlagen; schließlich das Engpassmanagement, das vor allem durch rollende geplante Abschaltungen, kombiniert mit einer möglichst transparenten Publikation und Durchführung von Abschaltplänen, realisiert wird. Die Kernkraftwerke werden heute als bedeutender Teil einer Infrastruktur wahrgenommen, die das Land am Laufen hält und für Zusammenhalt sorgt. Die relativ hohen Zustimmungsraten zur Kernenergie, auch zum Ausbau der Kernenergie, haben sich im Vergleich zu Befragungen vor der russischen Invasion daher trotz der Kriegskrise nicht geändert. Auch ein 2025 aufgedeckter Korruptionsskandal, in den das Staatsunternehmen Enerhoatom als Melkkuh korrupter Beamter aus dem Umfeld des ukrainischen Präsidenten involviert war, konnte dieser prinzipiellen Zustimmung nichts anhaben.

Das ist umso bemerkenswerter, als die ukrainischen Kernkraftwerke immer wieder im Mittelpunkt von Angstkommunikationen des hybriden Krieges auf beiden Seiten standen, was erwarten ließ, dass die Verunsicherung über die Kernenergie wächst. Die Adressaten dieser Angstkommunikation, die sowohl auf russischer als auch auf ukrainischer Seite beobachtbar ist, sind in erster Linie nicht die ukrainische Bevölkerung, sondern die westlichen Verbündeten der Ukraine. Die russische Seite verquickt in ihrer Propaganda Atomkriegsdrohungen mit Anspielungen, auch westliche Kernkraftwerke könnten Schaden nehmen, wenn die betreffenden Länder der Ukraine zur Seite stünden. Ziel solcher Drohungen ist es, die Öffentlichkeiten im Westen zu spalten, eine Entsolidarisierung mit der Ukraine zu erreichen, aber auch dortige Energiedebatten zu beeinflussen.

Kyjiv hingegen versucht, unter Berufung auf die prekäre Situation ukrainischer Kernkraftwerke, insbesondere des AKW Saporischschja, an die Weltöffentlichkeit zu appellieren und Russland als Urheber der Gefährdung in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Insbesondere Präsident Selenskyj hat in seinen Äußerungen über das besetzte Kernkraftwerk Saporischschja auch immer wieder Tschornobyl als Referenzpunkt aufgerufen: es drohe ein »mehrfaches Tschornobyl« für Europa, wenn die russische Besetzung und der russische Beschuss des Kraftwerks nicht gestoppt würde. Ein solches Katastrophenszenario zu beschreiben, ist aus Sicht der ukrainischen Seite, die eine Mobilisierungsabsicht hat, verständlich, geht aber an den realen Bedrohungen in Saporischschja vorbei, da hier ganz andere Bedingungen herrschen als seinerzeit in Tschornobyl,

wo ein nicht durch ein Containment geschützter Reaktor außer Kontrolle geriet, explodierte und sein Inventar binnen weniger Sekunden freisetzte. In Saporischschja hingegen haben wir es mit potenziellen Unfallszenarien zu tun, die sich infolge eines Stromausfalls langsam aufbauen, was auch die Reaktionszeit zur Organisation von Abhilfe erheblich ausdehnt.

Gleichwohl sind beide Formen von Angstkommunikation, die russische und die ukrainische, international nicht ohne Wirkung geblieben. In der deutschen Debatte von 2022 über die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken kam auf Seiten der Atomgegner neben den bekannten Argumenten über Kosten, ungelöste Endlagerung und Reaktorsicherheit nun auch ein neues Argument hinzu, nämlich die Gefährdung von Kernkraftwerken im Kriege. Dagegen wurde argumentiert, dass die Nutzung der Kernenergie Industrieländern

energie- und klimapolitische Handlungsspielräume verschafft, die sie unter Kriegsbedingungen resilient gegenüber fossilen Energieabhängigkeiten machen könne.

Und tatsächlich liefert die Ukraine für das Argument der nuklearen Resilienz einige Belege, wenn auch insgesamt die Besorgnisse erheblich sind. Die extremen Erfahrungen, aber auch der Erfindungsreichtum und die Zähigkeit der Ukrainer bei der Aufrechterhaltung ihrer Energieversorgung sind inzwischen wichtiges Anschauungsmaterial für die gesamte Welt. Insofern kann konstatiert werden, dass die ukrainische Kernenergie in den 40 Jahren nach Tschornobyl einen beachtlichen Weg zurückgelegt hat – von der imperialen Technologie in einer katastrophalen inneren Krise zur nationalen Technologie, die in eine von außen aufgezwungene Krise gerät, aber auch dazu beiträgt, diese zu bewältigen.

Über die Autorin

Dr. Anna Veronika Wendland ist Historikerin mit einem Forschungsschwerpunkt in den Ukrainian Studies und der Umwelt- und Technikgeschichte. Sie forscht am Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg und lehrt an der Universität Marburg Neuere und Neueste Geschichte.

Literatur

- Budjeryn, Mariana: War, peace, and corruption in embattled Ukraine, Brookings 26.11.2025, <https://www.brookings.edu/articles/war-peace-and-corruption-in-embattled-ukraine/>
- Dawson, Jane I.: Eco-nationalism: Anti-nuclear activism and national identity in Russia, Lithuania, and Ukraine, Durham 1996.
- Deutsche Umwelthilfe: 12 Jahre Fukushima und akute Gefahren in Saporischschja: Deutsche Umwelthilfe bekräftigt Richtigkeit des Atomausstiegs, 8.3.2023, www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/12-jahre-fukushima-und-akute-gefahren-in-saporischschja-deutsche-umwelthilfe-bekraeftigt-richtigkeit/.
- Högselius, Per; Klüppelberg, Achim: The Soviet Nuclear Archipelago. A Historical Geography of Atomic-Powered Communism, Budapest 2024, 118–122.
- IAEA, INSAG-7: The Chernobyl Accident, Updating of INSAG-1. A report by the International Nuclear Safety Advisory Group, Vienna 1992.
- IEA: Energy System Resilience. Lessons learned from Ukraine, <https://iea.blob.core.windows.net/assets/2c6f2378-31e8-442a-815a-18e693167915/EnergySystemResilience.pdf>.
- IAEA: Update 278 – IAEA Director General Statement on Situation in Ukraine, 27 February 2025, <https://www.iaea.org/newscenter/pressreleases/update-278-iaea-director-general-statement-on-situation-in-ukraine>.
- IAEA: Power Reactor Information System PRIS, County Statistics. Ukraine, <https://pris.iaea.org/PRIS/CountryStatistics/CountryDetails.aspx?current=UA>.
- Karaganov, Sergej: »Eine schwere aber unerlässliche Entscheidung. Der Einsatz von Atomwaffen kann die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren«, dokumentiert in: Osteuropa, 3–4/2023, S. 175–181.
- Mykhailenko, Oleksii; Piddubnyi, Igor: Ukraine against darkness. Pathways to a resilient and decentralized power system in Ukraine until 2030, Kyiv 2024, <https://energystoragecoalition.eu/wp-content/uploads/2024/12/Instrat-Policy-Paper-04-2024-Ukraine-against-darkness.pdf>.
- Melkozerova, Veronika: Ukraine warns of nuclear disaster as Russia orders staff to leave power plant. Politico, 3.7.2023, www.politico.eu/article/ukraine-warn-disaster-russia-zaporizhzhia-nuclear-power-plant/.
- Plokhyy, Serhii: Chernobyl. The history of a nuclear catastrophe, New York 2018, 233–300.
- Radio Svoboda: Udar po Kyjevu 14 lystopada zabrav žyttja vdovy peršoho zahybloho na Čornobyl'sij AES u 1986-mu, 15.11.2025, <https://www.radiosvoboda.org/a/news-udar-po-kyjevu-zahynula-vdova-valerija-hodemchuka-chornobyl/33592644.html> (30.03.2026).
- Reuters: »Accidents can happen at European nuclear plants too, Russian ex-president Says.« 12.8.2022, www.reuters.com/world/europe/accidents-can-happen-european-nuclear-plants-too-russian-ex-president-says-2022-08-12/

- Truth Hounds: Machtübernahme: Rosatoms Komplizenschaft bei Besatzung, Folter und Brüchen der nuklearen Sicherheit im Kernkraftwerk Saporischschja, 26.11.2025, : <https://truth-hounds.org/en/cases/machtubernahme/>
- Ukrajins'ka Pravda: Jak ukrajins'ka enerhetyčna systema ostatečno vidrizalasja vid RF ta Bilorusi, 1.3.2022, www.eurointegration.com.ua/news/2022/03/1/7135009/.
- Ukraine's EMSS audited as supplier to Finnish NPP, in: Nuclear Engineering International, 12.04. 2026, <https://www.neimagazine.com/news/ukraines-emss-audited-as-supplier-to-finnish-npp-4862334/>.
- Wendland, Anna Veronika: Nuclearizing Ukraine – Ukrainizing the Atom. Soviet nuclear technopolitics, crisis, and resilience at the imperial periphery, in: Cahiers du Monde Russe 60 (2019), Nr. 2-3, 335–367.
- Wendland, Anna Veronika: Gutachterliche Stellungnahme zum Beweisbeschluss SV-1 des 2. Untersuchungsausschusses vom 10. Oktober 2024, <https://www.bundestag.de/resource/blob/1030738/MAT-A-SV-1-03.pdf>.
- Wendland, Anna Veronika: Das Kernkraftwerk Zaporizžja. Kriegsschauplatz und Testfall der Reaktorsicherheit, in: OSTEUROPA 73 (2023) Nr. 10-11, 125–161
- Wendland, Anna Veronika: Ukrainian Memory Spaces and Nuclear Technology. The Musealization of Chornobyl's Disaster. In: Technology & Culture 61, 1162–1177
- Westinghouse Electric Company, Westinghouse and Energoatom Reinforce Ukraine's Energy Independence with Partnership for Fuel Assembly Capability, 10.07. 2025, <https://info.westinghousenuclear.com/news/westinghouse-and-energoatom-reinforce-ukraines-energy-independence-with-partnership-for-fuel-assembly-capability>.

STATISTIK

Atomkraftwerke in der Ukraine

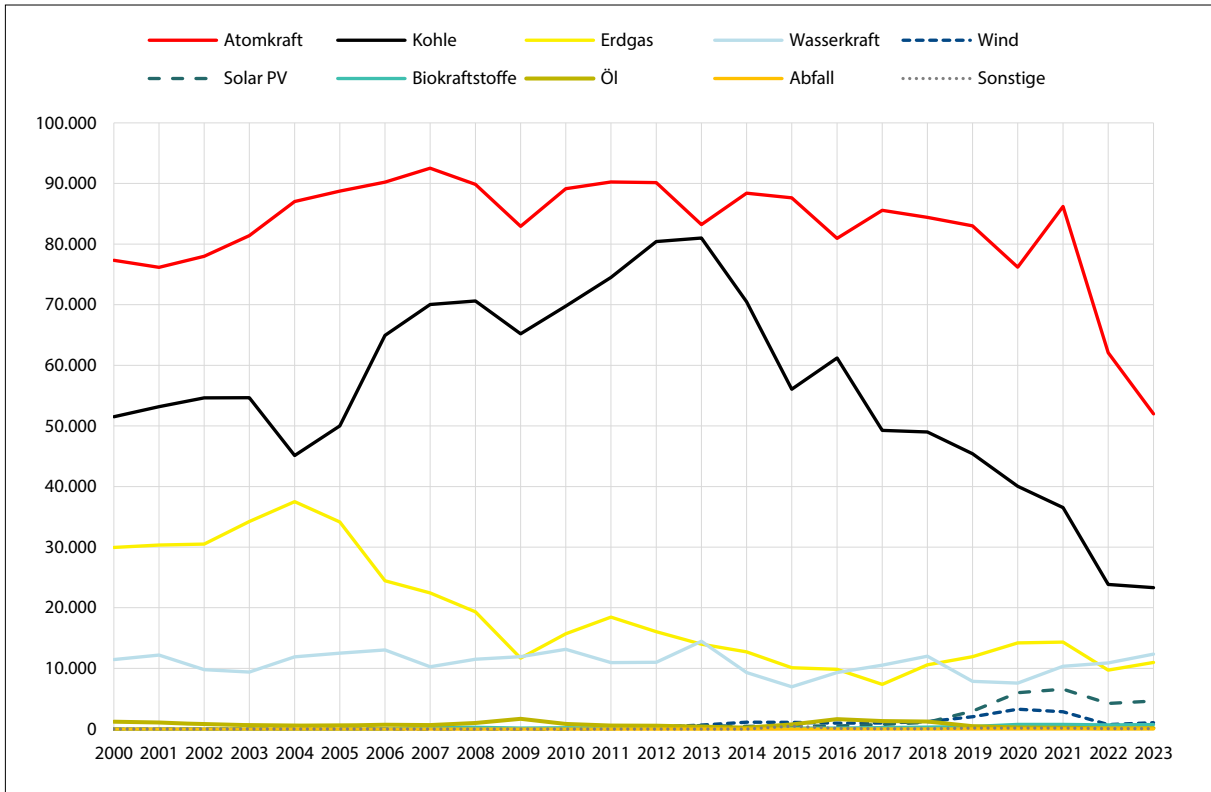


Tabelle 1: Atomkraftwerke in der Ukraine

AKW	Leistung (MWe)	Inbetriebnahme
AKW Chmelnyzkyj		
Block 1	1.000	12/1987
Block 2	1.000	08/2004
Block 3	1.000	im Bau seit 03/1986, Fertigstellung geplant
Block 4	1.000	im Bau seit 02/1987, Fertigstellung geplant
AKW Riwne		
Block 1	420	12/1980
Block 2	415	12/1981
Block 3	1.000	12/1986
Block 4	1.000	10/2004
AKW Südukraine		
Block 1	1.000	12/1982
Block 2	1.000	01/1985
Block 3	1.000	09/1989
Block 4		Errichtung eingestellt
AKW Saporischschja		
Block 1	1.000	12/1984
Block 2	1.000	07/1985
Block 3	1.000	12/1986
Block 4	1.000	12/1987
Block 5	1.000	08/1989
Block 6	1.000	10/1995
AKW Tschornobyl		
Block 1	800	09/1977; 11/1996 endgültig abgeschaltet
Block 2	1.000	12/1978; 10/1991 endgültig abgeschaltet
Block 3	1.000	12/1981, 12/2000 endgültig abgeschaltet
Block 4	1.000	12/1983, havariert am 26.04.1986
	in Betrieb	
	im Bau	
	im Shutdown, auf russisch besetztem Gebiet	
	Bau eingestellt	
	stillgelegt	

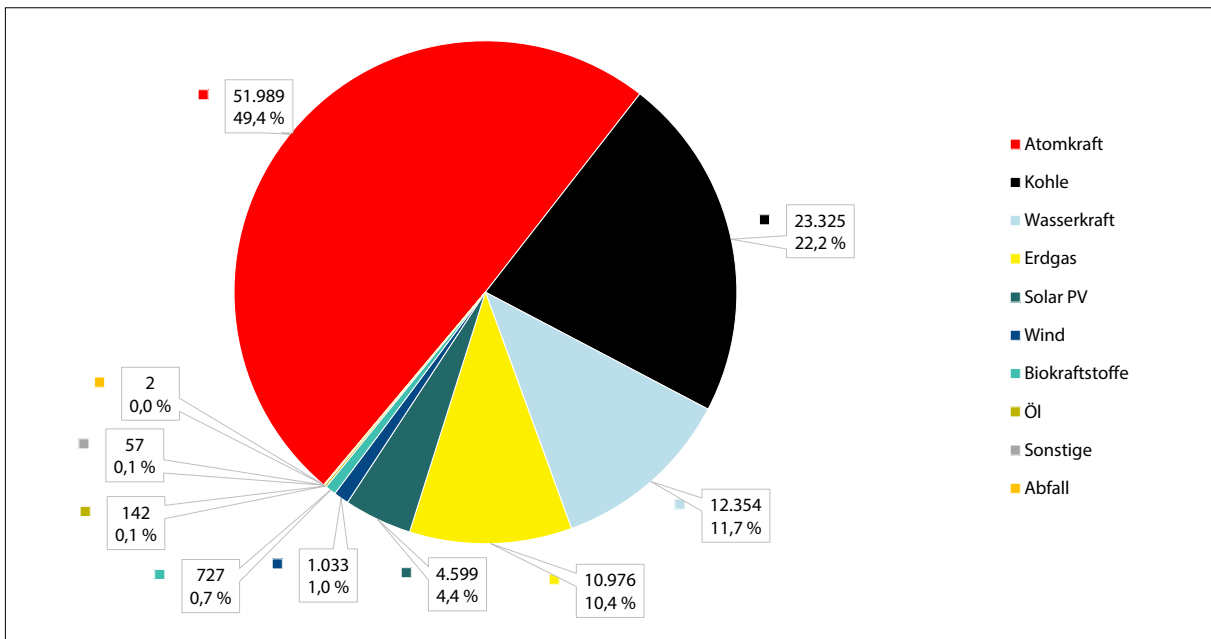
Quelle: Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, https://www.base.bund.de/de/nukleare-sicherheit/internationales/informationen-ukraine/ukraine-akw_inhalt.html.

Grafik 2: Stromerzeugung in der Ukraine nach Energiequellen 2000 – 2023 (in GWh)



Quelle: Internationale Energieagentur (IEA), <https://www.iea.org/countries/ukraine/electricity>.

Grafik 3: Stromerzeugung in der Ukraine 2023 nach Energiequelle (in GWh)

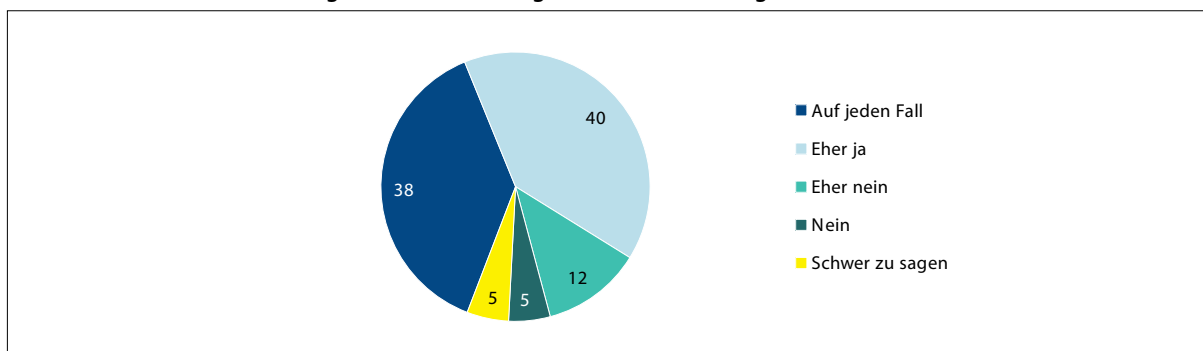


Quelle: Internationale Energieagentur (IEA), <https://www.iea.org/countries/ukraine/electricity>.

UMFRAGEN

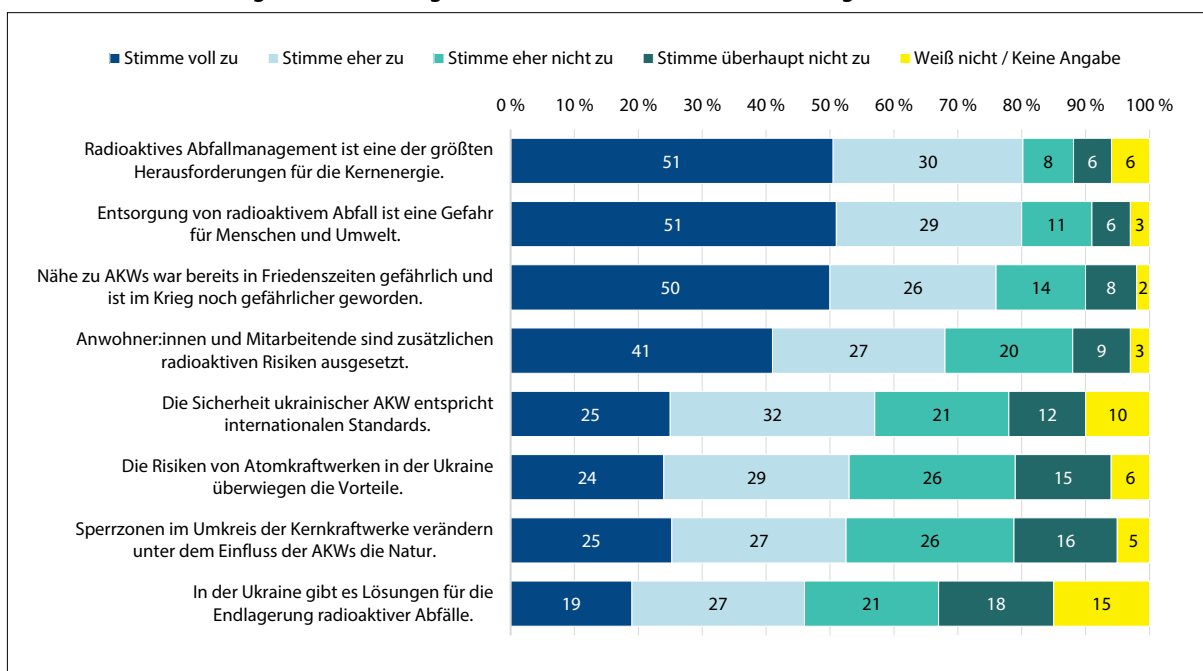
Einstellung der Bevölkerung zu Kernenergie

Grafik 1: Soll Ihrer Meinung nach die Kernenergie in der Ukraine ausgebaut werden? (in %)



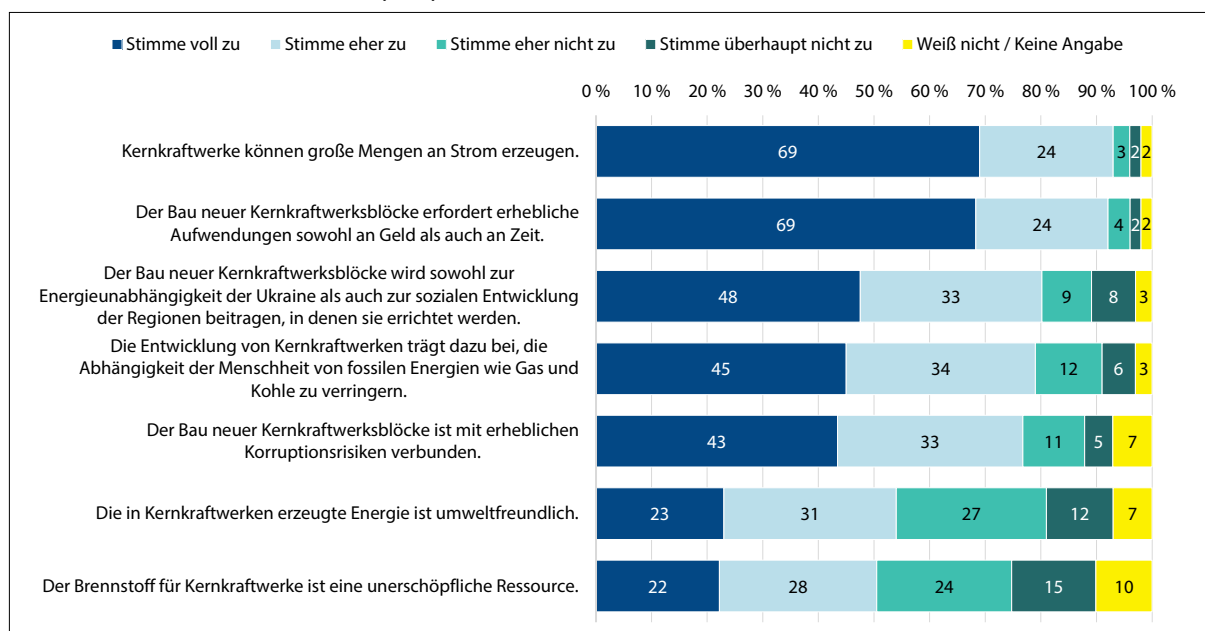
Quelle: Rating: Die Aktivitäten des ukrainischen Energiesektors: Einschätzungen der Verbraucher, 02.10.2024, <https://www.ratinggroup.ua/news/diyalnist-energetichnogo-kompleksu-ukrayini-ocinki-ta-praktiki-spozivachiv>.

Grafik 2: Einstellung der Bevölkerung zu Risiken und Vorteilen von Kernenergie (in %)



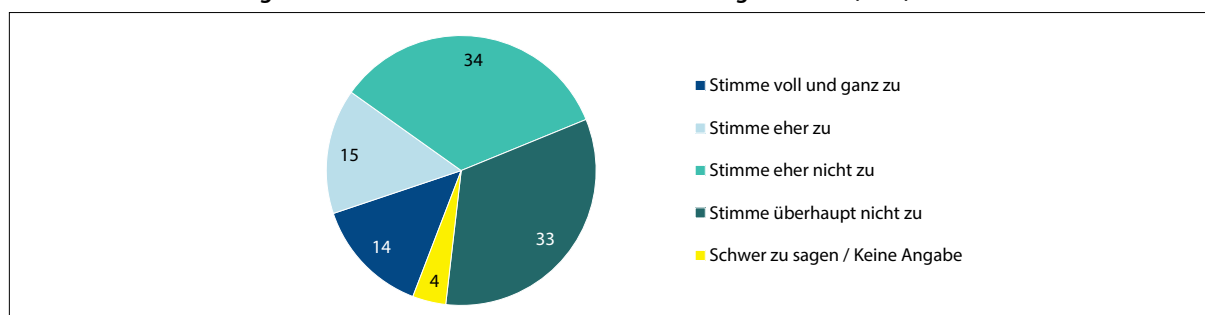
Quelle: Heinrich Boell Foundation: Report on Research Findings Regarding the Attitude of the Population to Nuclear Energy, October – December 2024.

Grafik 3: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen über Energiequellen und den Bau neuer Kraftwerksblöcke zu? (in %)



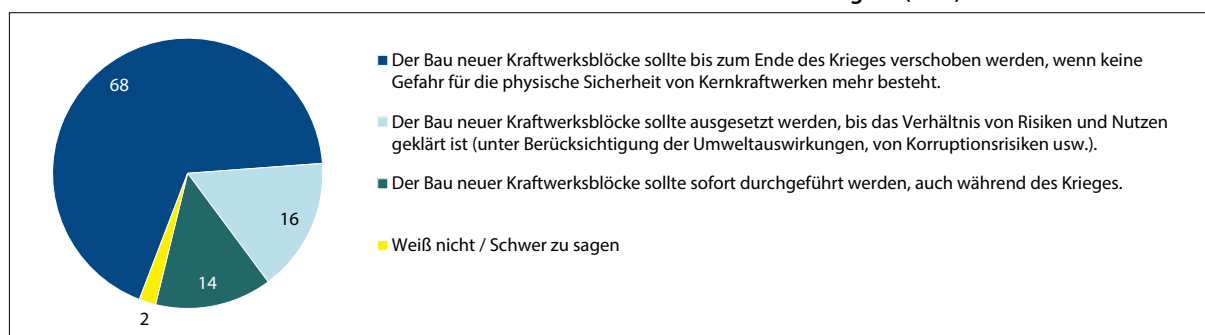
Quelle: Heinrich Boell Foundation: Report on Research Findings Regarding the Attitude of the Population to Nuclear Energy, October – December 2024.

Grafik 4: Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu oder nicht zu, dass die Ukraine den Bau neuer Kernkraftwerksblöcke aufgeben und Kernkraftwerke schrittweise stilllegen sollte? (in %)



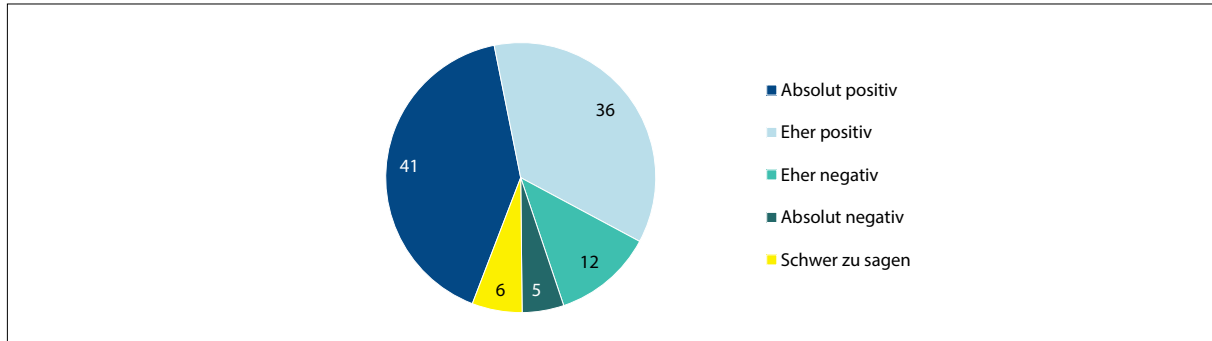
Quelle: Heinrich Boell Foundation: Report on Research Findings Regarding the Attitude of the Population to Nuclear Energy, October – December 2024.

Grafik 5: Wann und wie sollte der Bau neuer Kraftwerksblöcke für AKWs erfolgen? (in %)



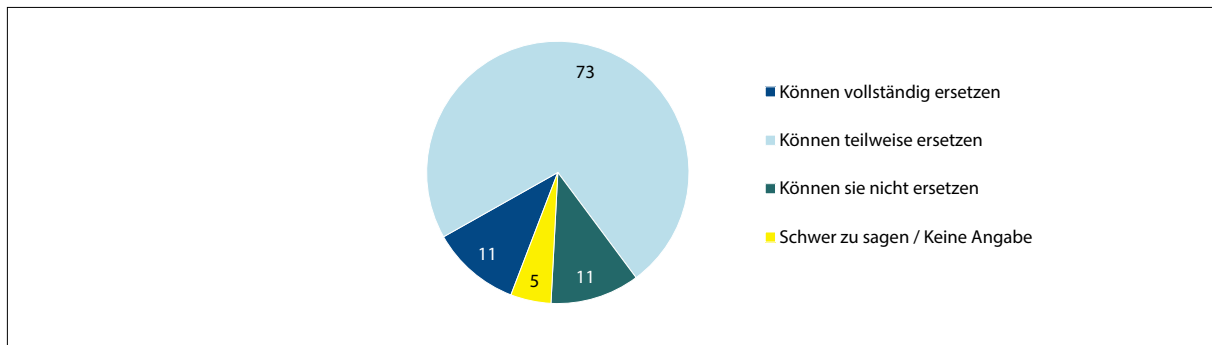
Quelle: Heinrich Boell Foundation: Report on Research Findings Regarding the Attitude of the Population to Nuclear Energy, October – December 2024.

Grafik 6: Am Kernkraftwerk Chmelnyzkyj gibt es zwei Kraftwerksblöcke, die zu 75 % bzw. 28 % fertiggestellt sind. Wie stehen Sie dazu, diese Blöcke fertigzustellen? (in %)



Quelle: Rating: Die Aktivitäten des ukrainischen Energiesektors: Einschätzungen der Verbraucher, 02.10.2024, <https://www.ratinggroup.ua/news/diyalnist-energetichnogo-kompleksu-ukrayini-ocinki-ta-praktiki-spozhyvachiv>.

Grafik 7: Inwieweit können erneuerbare Energietechnologien Ihrer Meinung nach den Anteil der derzeit durch Kernenergie erzeugten Strommenge ersetzen? (in %)



Quelle: Heinrich Boell Foundation: Report on Research Findings Regarding the Attitude of the Population to Nuclear Energy, October – December 2024.

KOMMENTAR

Tschornobyl und der Krieg

Rebecca Harms

Es gibt Tage, die immer in Erinnerung bleiben. Der Tag, an dem ich das erste Mal nach Tschornobyl kam, ist für mich so ein Tag. Im Oktober 1988 reiste ich mit einer Delegation deutscher Umweltschützer:innen auf Einladung des sowjetischen Schriftstellerverbandes nach Moskau. In drei Gruppen ging es weiter an den Baikalsee, nach St. Petersburg, damals noch Leningrad, und nach Tschornobyl. Mit Stefan Kohler vom Ökoinstitut und Kurt Oeser, dem Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche, fuhr ich nach Kyjiw und Tschornobyl. Ich war eingeladen worden, weil ich in dieser Zeit Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg war.

Als Mitarbeiterin der damaligen grünen Europaabgeordneten Undine von Blottnitz hatte ich einen Bericht über Tschornobyl und die radioaktive Belastung der Böden in der Europäischen Gemeinschaft koordiniert. Begleitet wurden wir von zwei ukrainischen Schriftstellern, die wenige Jahre später in der unabhängigen Ukraine in politische Ämter gelangten. Der Filmemacher und Schriftsteller Wladimir Jaworiwski war von 1991 bis 2014 mit Unterbrechungen Abgeordneter zuerst im Obersten Rat der Ukraine und dann in der Werchowna Rada (dem ukrainischen Parlament). Jurij Scherbak, Arzt und Schriftsteller, war Mitbegründer der grünen Partei

in der Ukraine und der erste ukrainische Umweltminister, später Botschafter in Israel, den USA und Kanada. Nach dem Super-GAU hatten beide als Liquidatoren im Sperrgebiet gearbeitet. Das Erste, was sie uns erklärten, war, dass Tschornobyl die Zeitschreibung verändert habe. Früher hätten sie gesagt, etwas habe vor oder nach dem Großen Vaterländischen Krieg stattgefunden. Jetzt würden sie sagen, das war vor oder nach Tschornobyl. Die Atomkatastrophe habe die Zeit neu geteilt.

Im Jahr 2004 kam ich das erste Mal als Mitglied des Europäischen Parlaments in die Ukraine. In diesem Jahr traten die zentral- und osteuropäischen Staaten der Europäischen Union bei und auf den Straßen Kyjiws begann die »Orangene Revolution«, der Kampf der Ukrainer:innen um Unabhängigkeit und den Weg in den Westen. Die Ukraine wurde im Laufe der Zeit zu meiner zweiten politischen Heimat. Nach Tschornobyl kehrte ich regelmäßig an den runden Jahrestagen zurück. Meinen bisher letzten Besuch machte ich auf Einladung von Petro Poroschenko mit einer Delegation der G7-Botschafter im Jahr 2016 zum 30. Jahrestag des Reaktorunfalls. Dreißig Jahre lang hatten Hunderttausende Soldat:innen und Arbeiter:innen, zuerst meist Männer, später auch sehr viele Frauen, aufgeräumt, hatten getan, was nach dem GAU und der Stilllegung der Reaktoren zu tun war. Hatten Gebäude abgerissen, Straßen asphaltiert und neuen Beton gegossen. Großräumig war Boden abgetragen und die radioaktive Erde an anderer Stelle begraben worden. Für verstrahlte Hubschrauber, Panzer und Lastwagen wurden Schrottplätze eingerichtet. Sie sollen später als Ersatzteillager gedient haben. In Massengräbern verschwanden Tiere aus der verstrahlten Zone, die Jäger erschießen mussten, damit ihr Fleisch nicht in Umlauf kam. Allein der Bau des zweiten Sarkophags hatte bis 2016 um die 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet und war aber wie die Anlagen zur Entsorgung noch nicht fertiggestellt. Bei den Feierlichkeiten am Kraftwerk Tschornobyl im April 2016 wurden dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko neue Schecks der G7-Länder überreicht. Der ehrgeizige Bau, der bei der Besichtigung wie ein Zeichen aus der Zukunft in der wüsten Kraftwerkslandschaft stand, war für einige der Geldgeber der Beweis, dass die Folgen einer atomaren Katastrophe beherrschbar sind. Dies sei notwendig, denn man müsse davon ausgehen, dass katastrophale Unfälle passieren. Andere hatten das Kapitel Atomkraft nach Tschornobyl abgeschlossen und investierten in die eigene Sicherheit. Derweil wuchs in der Zone Gras und Wald über alles.

Teil des Programms der G7-Botschafter war eine feierliche Kranzniederlegung zu Ehren der Helden von Tschornobyl. An den ersten Kraftwerksmitarbeiter, der 1986 ums Leben kam, wird im Kraftwerk mit einer Tafel erinnert. Für die 30 Männer, die nach ihm umkamen,

stehen Gedenktafeln gegenüber dem Eingang. Hundertausende Feuerwehrleute, Kraftwerksmitarbeiter:innen und Soldaten, Bioroboter und Liquidatoren wurden nach der Explosion vor 40 Jahren in die Zone geschickt. Sie kamen zuerst aus allen Teilen der Sowjetunion. Die meisten kamen nicht freiwillig. Sie wurden auf den Einsatz nicht vorbereitet, nicht dafür ausgerüstet, nicht über die unsichtbaren Gefahren aufgeklärt. »Nix Glasnost«, sagte uns einer der Experten, die wir 1988 trafen. Wenn es nicht genug Wasser zum Waschen nach der Arbeit gab, wurde mit Wodka von innen gespült und die Radiophobie betäubt. So wie sie früher für das Vaterland gegen den Faschismus gestanden hatten, so kämpften sie nun gegen einen neuen unbekanntenen und unsichtbaren Feind. Ganze Bataillone wurden in die Schlacht gegen das Feuer in Tschornobyl geworfen und der Kampf dauerte an, selbst als Block 4 unter dem ersten Sarkophag begraben war. Auch wenn später von einigen Rebellionen berichtet wurde, so fügten sich die Menschen der Sowjetunion den Befehlen aus Moskau und dem sowjetischen Atomstaat. Wie viele Opfer, Tote und Kranke dieser Einsatz kostete, wie viele der Menschen, die »auf eine freiwillige Dienstreise« geschickt worden waren, später kranke Kinder oder Enkel hatten, dazu gibt es wenig präzise Zahlen. Für die Sowjetunion war Tschornobyl ein weiterer großer Brocken, der das Fass zum Überlaufen brachte. Was ich 1988 sah, war Menschenverachtung. Was sonst bedeutet es, wenn ein Staat von seinen Soldat:innen und Bürger:innen verlangt, ungeschützt vor Strahlung in einem Sperrgebiet zu arbeiten und zu leben? Auch Michail Gorbatschow, der im Westen bis heute von vielen verehrt wird, trug diese Verachtung mit. Er versuchte, den Super-GAU zu verheimlichen. Er beteiligte sich an den systematischen, verharmlosenden Lügen. Es war diese Verachtung für Menschen, die ich 1988 in Tschornobyl sah und an der das sowjetische System dann bald darauf zugrunde ging. Unsere beiden Reiseführer sagten uns dieses Scheitern schon 1988 voraus.

Nach dem Super-GAU hätten Soldaten die Menschen in den Dörfern um die Zone mit der Waffe in der Hand dazu gezwungen, ihre Hühner zu schlachten, die Eier zu vernichten und das Wasser aus den Brunnen nicht mehr zu trinken. Dieselben Soldaten und andere Helfer:innen aber wurden schutzlos in eine Zone geschickt, in der sie sich vor allem um sie herum fürchten mussten, erzählte mir die Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch in einem Gespräch anlässlich des 30. Jahrestages der Katastrophe. Das Böse sei total geworden. Aber nur wenige seien davor wegelaufen. Die meisten hätten da noch gar keine Vorstellung von Freiheit gehabt, so Swetlana.

Der 24. Februar 2022 ist auch so ein Tag, den ich nie vergessen werde. In der Erwartung, dass Russland

die Ukraine neu angreifen würde, hatte ich mit meiner Kyjiwer Freundin Nataliya Gumenyuk verabredet, sie um 5 Uhr morgens anzurufen. Der große Angriff hatte da schon begonnen. Nataliya berichtete von Explosionen in Kyjiw, sagte mir, dass Russland von Norden, Osten und Süden, auf dem Land und aus der Luft angreifen würde. Und während ich dann versuchte, denen zu helfen, die aus Kyjiw und anderen Städten vor den Bomben fliehen mussten, kam von Freund:innen aus der Werchowna Rada eine Nachricht, mit der ich nie gerechnet hätte. Die russische Armee hatte von Belarus aus das Sperrgebiet und das Atomkraftwerk Tschornobyl angegriffen und besetzt. Die Wachmannschaften waren nicht vorbereitet und hatten sich ergeben. Die ganze Betriebsmannschaft war in Geiselhaft genommen worden. Die russische Armee wollte das Sperrgebiet nutzen, um den Vormarsch auf Kyjiw abzusichern. Die Worte von Alexijewitsch schossen mir durch den Kopf: Das Böse ist total geworden. Jahrzehnte lang hatten Tausende von Soldat:innen und Helfer:innen einen gefährlichen Einsatz geleistet, um die Folgen von Tschornobyl zu begrenzen. Und nun hatten russische Soldaten den Befehl, das anzugreifen, was Tausende und Abertausende von Menschen nach der Atomkatastrophe wieder aufgebaut und erreicht hatten. Ihnen wurde sogar befohlen, sich in der verseuchten Erde einzugraben. Während sie mit Panzern und Spaten den radioaktiven Staub aufwirbelten, drohte durch die Zerstörung der Energieversorgung, dass die Kühlung für die Brennelement-Lager versagte. Was am 24. Februar 2022 in Tschornobyl geschah, brachte nicht wieder ganz Europa in Gefahr, die Region und die Menschen vor Ort aber schon. Der Angriff auf Tschornobyl zeigte die Rücksichtslosigkeit und wieder diese Menschenverachtung, die mir 1988 begegnet war, und die die Machthaber im Kreml auch gegenüber den eigenen Soldaten bis heute nicht abgelegt haben.

Aus der Rada und aus dem Energieministerium in Kyjiw wurde ich gebeten, bei der deutschen Regierung nachzufragen, ob und wie auf den Angriff auf Tschornobyl reagiert werden würde. Angriffe auf Atomanlagen im Krieg hatte es bis dahin nicht gegeben. Atomanlagen sind nach der Genfer Konvention auch im Kriegsfall besonders geschützt. Die Antwort aus dem Umweltministerium kam nach zwei Tagen. Mir wurde erklärt, dass man die Situation beobachte. Die Risiken seien gering, denn kein Reaktor laufe und die Brennelemente seien nach langer Lagerung nicht mehr heiß. Mit einer kritischen Situation sei nicht zu rechnen. Die Ukrainer:innen aber würden die Gefahren des Angriffs übertreiben. Ihr Ziel sei es, Deutschland so in den Krieg zu ziehen.

Noch bevor die russischen Soldaten wegen des Scheiterns des Vormarsches auf Kyjiw auch aus Tschornobyl wieder abzogen, griff die russische Armee das Atomkraftwerk Saporischschja an, das größte in Europa.

Selbst Demonstrationen, bei denen Bürger:innen der Kraftwerksstadt Enerhodar einen menschlichen Schutzschild bildeten, konnten die Eroberung nicht verhindern. In Saporischschja wurden die Reaktoren inzwischen heruntergefahren. Aber es kam seit 2022 immer wieder zu kritischen Situationen. Die gesamte Umgebung wurde vermint. Waffen und Munition wurden auf dem AKW-Gelände gelagert. Die Sprengung des Kachowka-Staudamms 2023 erschwerte die Kühlung der Reaktoren und der Lagerbecken. Was international weitgehend ignoriert wird, das waren die Folgen der russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur in der Ukraine. In den drei unter Volllast laufenden AKW Chmelnyzkyj, Riwna und Südukraine kam es wiederholt zu Ausfällen und erheblichen Problemen. Ihre Reaktoren mussten mehrfach abrupt gedrosselt werden. Das bedeutete jedes Mal ein Unfallrisiko. Anders als die deutsche Regierung hat die ukrainische Regierung keine Wahl, ob sie diese Reaktoren abschaltet oder nicht. Die Energienot, verursacht durch Russlands Angriffe, macht den hochriskanten Weiterbetrieb trotz russischer Bombardierung notwendig. Damit droht der Ukraine und droht Europa mit jeder russischen Angriffswelle eine atomare Katastrophe. Die Reaktoren in der Ukraine sind für die russischen Angreifer heute wie installierte Atombomben.

Diese täglich schwelende atomare Gefahr wird im Westen und auch Deutschland weitgehend verdrängt. Daran sind mehr oder minder alle beteiligt. Da sind zum einen die, die meinen, eine klimafreundliche Energieversorgung sei nur mit Atomkraft möglich. Zum neuen Werbefeldzug der Atomlobby passt es eben nicht, über die Sicherheit von Atomanlagen im Kriegsfall zu diskutieren. Und obwohl Russland in der Ukraine atomare Zeitbomben ticken lässt, soll die Zusammenarbeit mit dem staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom intensiviert werden. Protegiert von der IAEA arbeitet Rosatom weiter mit Atomkonzernen, die es offensichtlich für normal halten, dass Rosatom am atomaren Terror in Saporischschja direkt beteiligt war und ist. Von Protesten gegen den russischen Einfluss in der IAEA habe ich bisher in Deutschland noch nichts gehört.

Und die Atomkraftgegner:innen? Tschornobyl 1986 war das Ereignis, das den Ausstieg aus der Atomenergie vorstellbar gemacht hat. Die deutsche Anti-Atom-Bewegung hätte ohne den Super-GAU keine so erfolgreiche Rolle gespielt. Die Grünen wären in den 1980er- und 1990er-Jahren nicht so schnell in die Parlamente gewählt worden. Die SPD hätte den Ausstiegsbeschluss nicht gefasst. Vierzig Jahre später hat Russland mehrfach Atomanlagen direkt angegriffen oder indirekt die laufenden Atomkraftwerke an den Rand einer Katastrophe gebombt. Wo ist die laute Reaktion darauf? Wer liest die Berichte von Greenpeace oder Truth Hounds über Saporischschja, den Terror gegen die Betriebsmann-

schaften und die Risiken der geplanten Wiederinbetriebnahme durch Rosatom? Bis heute wirkt in Deutschland die Verharmlosung des Angriffs auf Tschornobyl nach. Ungleich stärker aber wirkt die Angst vor der russischen Atombombe. Diese Angst paart sich in Deutschland mit und der Ablehnung der atomaren Abschreckung. Der Glaube dahinter ist, dass die verschont bleiben, die sich nicht in den Krieg oder die Logik der Aufrüstung hineinziehen lassen. Derweil wird das Land, das seine Atomwaffen als einziges aufgegeben hat, weiter mit Krieg überzogen.

Bald kommt der 40. Jahrestag von Tschornobyl. Die Deutschen werden sich daran erinnern, was dazu führte, dass wir unsere Atomkraftwerke stillgelegt haben. Man wird rituell darüber streiten, ob das richtig oder falsch war. Gorbatschow wird aus den Archiven zu uns sprechen. Wir werden seine Lügen hören und sehen, wie das Graphitfeuer im Block 4 loderte, wie Menschen ihr Leben und ihre Gesundheit opferten, um die Folgen der Katastrophe zu mindern. Mit Betroffenheit wird davon gesprochen werden, dass es nur in einem Staat wie der

Sowjetunion möglich war, so viele Menschen in so einen Einsatz zu schicken. Und dass man diesen Helden dankbar sein müsste, weil sie uns vor einer größeren Katastrophe bewahrt haben. Das wird gesagt werden, während wir es heute den Ukrainer:innen überlassen, den Krieg allein zu gewinnen. Würden wir die Helden von Tschornobyl so ernst nehmen, wie oft behauptet, dann wären wir bessere Verbündete, würden den Ukrainer:innen schon längst helfen, den Himmel über ihrem Land zu schließen, würden nicht zulassen, dass ihre Atomkraftwerke zu Zeitbomben werden. Solange keine radioaktive Wolke über Deutschlands Städte zieht, reicht es scheinbar, mit der Katastrophe von 1986 die Abschaltung unserer AKWs zu begründen. Und hinter dem deutschen Mantra, wir dürften uns von den Ukrainer:innen nicht in den Krieg hineinziehen lassen, wächst absurderweise nicht eine Bewegung gegen Russland und seine menschenverachtende Kriegsführung, sondern gegen die Verteidigungsfähigkeit und gegen die gemeinsame nukleare Abschreckung des Westens.

Der Kommentar erschien am 8. April 2026 auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und ist frei zugänglich unter <https://www.boell.de/de/2026/04/08/tschornobyl-und-der-krieg>. Wir danken der HBS und Rebecca Harms für die Erlaubnis zur Nachnutzung.

Über die Autorin

Rebecca Harms war von 2004 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments, wo sie sich intensiv mit Osteuropa und insbesondere der Ukraine beschäftigte. Als Mitglied der EU-Ukraine-Delegation und Unterstützerin der Euromaidan-Protteste setzte sie sich früh für eine Annäherung der Ukraine an die EU sowie für demokratische Reformen ein.

Russland nutzt das nukleare Katastrophenpotenzial von Tschernobyl aus

Victoria Voytsitska (We Build Ukraine, Kyjiw)

Das Risiko einer nuklearen Katastrophe ist zurück in Europa, absichtlich herbeigeführt durch einen totalitären russischen Aggressor. Die internationale Politik versagt.

Die Wiederkehr des totalitären Risikos

Die Katastrophe von Tschernobyl* im Jahr 1986 war kein isolierter technischer Unfall, sondern ein systemisches Versagen der totalitären Einstellung der Sowjetmacht gegenüber Risiken. Im sowjetischen Nuklearkomplex hatte Ideologie Vorrang vor Physik, und Geheimhaltung wurde höher gewichtet als die öffentliche Sicherheit. Jahrzehntlang war die Sperrzone von Tschernobyl ein stilles Laboratorium der Erinnerung, eine Mahnung daran, was passiert, wenn ein Staat Kernenergie als Mittel zur Steigerung seines politischen Prestiges und nicht als gefährliche Verantwortung betrachtet.

Seit dem 24. Februar 2022 ist diese totalitäre Einstellung auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt, allerdings in einer stärker militarisierten Form. Die Besetzung ukrainischer Nuklearstandorte durch die Russische Föderation ist ein direktes Erbe der sowjetischen Missachtung menschlichen Lebens. Im Gegensatz zu 1986 werden die aktuellen Risiken jedoch absichtlich herbeigeführt. Wir haben es nicht mehr mit einem System zu tun, das eine Katastrophe nicht bewältigen kann, sondern mit einem Regime, das das Katastrophenpotenzial als strategischen Vorteil nutzt.

Saporischschja: Die Frontlinie der nuklearen Erpressung

Das Kernkraftwerk Saporischschja (ZNPP) mit seinen sechs Reaktoren ist derzeit der gefährdetste Industrie-

standort der Welt. Seit seiner illegalen Besetzung durch Russland im März 2022 wird die Anlage unter Bedingungen betrieben, die gegen alle seit dem Kalten Krieg festgelegten internationalen Normen verstoßen.

Die »Blackout«-Waffe

Kernreaktoren müssen auch im abgeschalteten Zustand ständig gekühlt werden. Diese Kühlung hängt von einer stabilen Stromversorgung von außerhalb ab. Russland hat systematisch die Hochspannungsleitungen angegriffen, die das ZNPP versorgen. Laut der Erklärung des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zur Lage in der Ukraine hat das Kraftwerk seit Beginn der Invasion insgesamt 12 Stromausfälle erlitten.

In jedem Fall war das Kraftwerk gezwungen, auf Notstromdieselgeneratoren zurückzugreifen – die »letzte Verteidigungslinie«. Nach einer 23-tägigen Phase erhöhten Risikos wurde die 330-kV-Reserveleitung schließlich am 5. März 2026 im Rahmen eines von der IAEO vermittelten lokalen Waffenstillstands wiederhergestellt. Die Berichte des IAEO-Gouverneursrats bestätigen jedoch, dass die elektrische Sicherheitsmarge aufgrund der Verschlechterung des Schaltwerks der Anlage weiterhin »gefährlich gering« ist.

Die menschliche Komponente: Eine künstlich herbeigeführte Personalkrise

Technische Systeme sind nur so zuverlässig wie die Menschen, die sie bedienen. Seit der Besetzung wurde das Kernkraftwerk Saporischschja seiner Fachkräfte beraubt. Wie die Zeitung »Kyiv Independent« berichtet, verfügt das Kraftwerk derzeit nur noch über 22 lizenzierte Betriebsführer für die Reaktoren – ein Bruchteil der Zahl, die für einen sicheren Betrieb erforderlich wären. Durch die Vertreibung ukrainischer Fachkräfte und den Betrieb mit einer Notbesetzung unter extremem Druck hat das Besatzungsregime ein Maß an menschlichem Risiko eingeführt, für dessen Bewältigung kein ziviles Sicherheitssystem ausgelegt ist.

Die Militarisierung ziviler Atomenergie

Unter dem totalitären Paradigma wurde das Kernkraftwerk Saporischschja in eine Militärbasis umgewandelt. Überwachungsmissionen der IAEO haben die Anwesenheit von Militärlastwagen, Sprengstoff und militärischem Personal in den Turbinenhallen bestätigt. Dies verstößt gegen den ersten der fünf Grundsätze der IAEO, die vom UN-Sicherheitsrat festgelegt wurden: »Es darf keinerlei Angriffe von oder gegen das Kraftwerk geben«.

Jenseits von Saporischschja: Das nationale Stromnetz unter systematischem Beschuss

Während die Augen der Welt auf Saporischschja gerichtet sind, hat Russland eine umfassendere Kampagne

gegen die Infrastruktur gestartet, die die drei anderen in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke der Ukraine unterstützt: Riwne, Chmelnyzkyj und Südukraine.

Anfang 2026 hat die Zahl der Angriffe auf das ukrainische Stromnetz ein kritisches Ausmaß erreicht. Dies ist ein kalkulierter Versuch, einen »Kaskadenausfall« des Nuklearsektors auszulösen. Wenn das Netz destabilisiert ist, werden die Reaktoren zu Notabschaltungen gezwungen.

In diesem Winter kam es zu einer Rekordzahl an »künstlich herbeigeführten Ausfällen«. Ende 2025 und im Januar 2026 berichtete die IAEO, dass mehrere Blöcke der Kernkraftwerke Riwne und Südukraine aufgrund der Zerstörung von Übertragungsknoten ihre Leistungsabgabe auf ein »unverzichtbares Niveau« reduzieren mussten.

Tschornobyl 2026: Vermächtnis und Transparenz

Der Standort Tschornobyl bleibt ein Risikofaktor. Während der Besetzung im Jahr 2022 zeigten russische Truppen im »Roten Wald« (noch heute eines der am stärksten kontaminierten Gebiete der Welt, Anm. d. Red.) einen erschreckenden Mangel an nuklearem Wissen und brachten sich selbst in Gefahr. Selbst stillgelegte Standorte bleiben bis heute Ziele.

Das Durchbrechen des Schutzschildes: Der Drohnenangriff von 2025

Am 14. Februar 2025 traf ein russischer Drohnenangriff gezielt die neue Sicherheitshülle (New Safe Confinement, NSC). Wie Greenpeace dokumentierte, durchschlug die Explosion das Dach des 1,6 Milliarden US-Dollar teuren Bauwerks, das radioaktives Material einschließen soll. Dieser Angriff hat den Prozess der Demontage des instabilen »Sarkophags« von 1986 lahmgelegt, da die hohe Strahlung an der Durchschlagstelle eine sofortige Reparatur verhindert. Dieser Angriff unterstreicht, dass selbst alte nukleare Infrastrukturen in Kriegszeiten verwundbar bleiben.

Die Ukraine handelt in krassem Gegensatz zu ihrem sowjetischen Vorgänger: Sie kooperiert transparent mit der IAEO und lässt unabhängige Überwachungen zu. Diese Praktiken spiegeln das Bekenntnis zu einer modernen nuklearen Sicherheitskultur und die tiefgreifenden Lehren aus dem Jahr 1986 wider.

Das Versagen der internationalen Governance

Der Krieg in der Ukraine hat ein Vakuum im Völkerrecht offenbart. Die IAEO ist zwar für die Überwachung unerlässlich, hat jedoch kein Mandat zur Durchsetzung von entmilitarisierten Zonen.

Trotz der direkten Beteiligung an der Besetzung des Kernkraftwerks Saporischschja und der Nötigung

seiner Mitarbeiter bleibt Rosatom aufgrund der ungarischen und slowakischen Abhängigkeiten von russischen Nuklearprodukten weitgehend von Sanktionen der EU verschont.

Wir müssen einen Rechtsrahmen schaffen, der die »vorsätzliche Zerstörung von Stromnetzen« in der Nähe von Kernkraftwerken als Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandelt.

Fazit: Die Last der Erinnerung und die Notwendigkeit zum Handeln

Das Erbe von Tschernobyl hat uns gelehrt, dass eine nukleare Wolke keinen Pass hat und keine Grenzen kennt. Heute ist die Sicherheit der Reaktoren in Chmelnyzkyj oder Riwne für die Menschen in Berlin oder

Warschau ebenso wichtig wie in Kyjiw. Der Schutz des ukrainischen Nuklearsektors erfordert:

1. Luftverteidigung als nukleare Sicherheit: Schutz der »Arterien« der Kernkraftwerke, um einen Ausfall der Stromversorgung zu verhindern.
2. Strategische Entkopplung: Vollständige Entfernung von Rosatom aus der europäischen Lieferkette.
3. Humanitäre Widerstandsfähigkeit: Unterstützung der Dezentralisierung des ukrainischen Energienetzes.

Nukleare Sicherheit in der Ukraine ist untrennbar mit der ukrainischen Souveränität verbunden. Um mit Sicherheit ein zweites Tschernobyl zu verhindern, muss die Ukraine diesen Krieg gewinnen.

*Anmerkung: Wenn vom historischen Ereignis der Atomkatastrophe die Rede ist, verwenden wir die in der deutschen Sprache eingeführte Schreibweise »Tschernobyl« im Gegensatz zur korrekten Transkription des Ortsnamens aus dem Ukrainischen »Tschornobyl«.

Der Kommentar erschien zuerst auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung und ist frei zugänglich unter <https://www.boell.de/de/2026/03/31/tschernobyl-heute-russland-nutzt-nukleare-bedrohung-im-krieg-gegen-die-ukraine>. Wir danken der Autorin und der HBS für die Erlaubnis zur Nachnutzung.

Über die Autorin

Victoria Voytsitska ist Mitglied im Aufsichtsrat des Thinktanks »We Build Ukraine«. Von 2014–2019 war sie als Abgeordnete der Werchowna Rada im Ausschuss für Atompolitik und Reaktorsicherheit, wo sie eine aktive Rolle bei der Stärkung der Energiesicherheit der Ukraine spielte.

Lesetipps:

- Greenpeace Ukraine: Greenpeace mission investigates consequences of Russian drone attack on Chornobyl NPP, 20.03.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=kJn4QySoT68>.
- International Atomic Energy Agency: Nuclear Safety, Security and Safeguards in Ukraine, <https://www.iaea.org/topics/response/nuclear-safety-security-and-safeguards-in-ukraine>.
- International Atomic Energy Agency: Update 343 – IAEA Director General Statement on Situation in Ukraine, 06.03.2026, <https://www.iaea.org/newscenter/pressreleases/update-343-iaea-director-general-statement-on-situation-in-ukraine>.
- Kyiv Independent: Russian-occupied Zaporizhzhia nuclear plant left with just 22 reactor operators, far below safety levels, 23.02.2026, <https://kyivindependent.com/russian-occupied-zaporizhzhia-nuclear-plant-left-with-just-22-reactor-operators-far-below-safety-levels/>.
- Truth Hounds: Machtübernahme: Rosatoms Komplizenschaft bei Besatzung, Folter und Brüchen der nuklearen Sicherheit im Kernkraftwerk Saporischschja, 26.11.2025, <https://truth-hounds.org/en/cases/machtubernahme/>.

Vierzig Jahre danach: Wie die ukrainische Zivilgesellschaft mit Tschornobyl umgeht

Anna Ackermann

Die Bürgerbewegung nach der Tschornobyl-Katastrophe schuf die Grundlagen, auf denen Umweltengagement in der Ukraine bis heute aufbaut. Die Erinnerung an die Katastrophe lässt die Folgen eines potenziellen neuen Ereignisses real und nicht abstrakt erscheinen.

Wie zivilgesellschaftliche Organisationen heute mit dem Thema Tschornobyl umgehen

In den 2010er Jahren haben ukrainische Umweltorganisationen wie das Nationale Ökologische Zentrum im Zusammenhang mit der Verlängerung der Betriebsdauer alternder Reaktoren aus der Sowjetzeit ihre Aufmerksamkeit erneut auf die Sicherheit der Kernenergie gerichtet. Gemeinsam mit Fachleuten dokumentierten sie ungewöhnliche Situationen in einzelnen Blöcken und versuchten, die Aufmerksamkeit der Atomaufsichtsbehörde auf die Risiken zu lenken, die mit der Verlängerung der Betriebsdauer von Anlagen verbunden sind, die für völlig andere Zeiträume ausgelegt waren. Obwohl die Aufsichtsbehörde wahrscheinlich einige der Anmerkungen berücksichtigte, hatte politischer Druck erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung. Die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Kernenergie-technologien und Brennstoffen sowie der Transit von europäischem abgebranntem Kernbrennstoff durch die Ukraine nach Russland sorgten ebenfalls für zusätzliche Besorgnis, insbesondere nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2014.

Mit der groß angelegten Invasion Russlands im Jahr 2022 traten langjährige nukleare Gefahren erneut zutage. Dazu gehören die russische Präsenz in der Sperrzone von Tschornobyl, die Besetzung des Kernkraftwerks Saporischschja, des größten Kernkraftwerks Europas, sowie anhaltende Angriffe auf die ukrainische Kernenergieinfrastruktur. Gleichzeitig sind nukleare Risiken untrennbar mit dem allgemeinen Überlebenskampf der Ukraine verbunden. Infolgedessen agiert die Zivilgesellschaft heute in einem grundlegend anderen Umfeld als noch vor Jahrzehnten, wobei der Schwerpunkt vor allem auf der Sicherung der Stromversorgung und der Sicherheit und der Rechenschaftspflicht des Aggressors für seine illegalen Handlungen liegt. Vor diesem Hintergrund kehrte Greenpeace 2024 in die Ukraine zurück und eröffnete sein Büro offiziell wieder, was eine erneuerte und aktivere Kommunikation über nukleare Bedrohungen einleitete, die nun durch diese neue Brille des Krieges betrachtet werden.

Trotz dieser Aktivitäten ist die ukrainische Anti-Atomkraft-Bewegung in ihrer ursprünglichen Form vierzig Jahre nach Tschornobyl so gut wie verschwunden. Mobilisierung erfordert das Gefühl einer unmittelbaren Bedrohung, während die Verlängerung der Reaktorlaufzeiten oder alltägliche Probleme der Kernenergiebranche den Menschen nicht das Gefühl vermitteln, dass sie »jetzt handeln müssen«. Die Ukrainer:innen neigen zu der Einstellung: »Wenn das Kraftwerk läuft, soll es laufen«, und es ist schwierig, neue Aktivist:innen für Themen zu gewinnen, die komplexe technische Erklärungen und langwierige Analysen erfordern und keine schnellen Ergebnisse liefern. Neue Generationen von Umweltaktivist:innen kommen meist aus den Bereichen Naturschutz, Forstwirtschaft, Wasserressourcen oder Biodiversität. Diejenigen, die sich mit umfassenderen systemischen Themen befassen wollen, haben sich in den letzten Jahrzehnten größtenteils für die Klimabewegung statt für die Anti-Atomkraft-Bewegung entschieden.

Das Erbe von Tschornobyl ist nach wie vor bedeutend, aber es äußert sich eher in einer gewissen Sensibilität, ohne sich aktiv auf die Agenda zu drängen. Für manche Ukrainer:innen ist die Erinnerung an den Unfall eine persönliche Erfahrung von Familiengeschichten, Evakuierungen, Krankheit und Verlust. Für Schulkinder und junge Menschen ist es eher eine Geschichtsstunde, ein Ereignis aus Lehrbüchern. Doch gerade diese historische Erinnerung schafft Bewusstsein, dass die potenziellen Folgen eines Atomunfalls keine Abstraktion sind.

Es ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, eine klare Vision für die Zukunft der Kernenergie und des Energiesystems der Ukraine insgesamt zu entwickeln: wann genau jeder Reaktorblock stillgelegt werden soll, welche Mittel diesen Prozess finanzieren werden und welche Energiequellen die alternden Reaktoren ersetzen sollen. Derzeit gibt es keine derartigen Pläne. Für die Stilllegung werden unzureichende Mittel bereitgestellt, und es gibt keine klare Strategie für den Ersatz der Kernkraftwerke. Daher besteht die zentrale Herausforderung nicht nur darin, den Strombedarf des Landes gegen die Sicherheitsrisiken abzuwägen, sondern auch darin, einen realistischen, konsistenten und sicheren Weg für den Neuaufbau der Energieversorgung nach den großen Zerstörungen durch die russischen Angriffe zu entwickeln – einen Weg, der sich nicht auf die endlose Verlängerung der Betriebsdauer von Reaktoren aus der Sowjetzeit stützen kann.

Was ist 40 Jahre nach Tschornobyl von der damals umweltpolitisch geprägten Zivilgesellschaft übrig geblieben?

Die Katastrophe hat ihre große Mobilisierungskraft, einst Triebkraft für die Untergrabung der sowjetischen Autorität, eingebüßt. Die frühe Bewegung nach Tschornobyl schuf aber die Grundlagen einer dauerhaften zivilgesellschaftlichen Infrastruktur: bürgerschaftliche Organisationen, kommunale Netzwerke und Fähigkeiten zur Interessenvertretung, die den ukrainischen Umweltsektor bis heute prägen.

Auch wenn die explizit anti-nukleare Agenda nicht mehr dominiert, lebt ihr Erbe in einer starken Kultur der öffentlichen Kontrolle, in technischem Fachwissen und in der Fähigkeit weiter, Koalitionen zu komplexen Themen wie Energie- und Klimapolitik zu bilden. Was übrig bleibt, ist nicht dieselbe Bewegung, die Ende der 1980er Jahre die Straßen füllte, sondern eine reife, professionalisierte Zivilgesellschaft, deren Wurzeln in Tschornobyl weiterhin ihre Wachsamkeit, ihr institutionelles Gedächtnis und ihre Sensibilität für Umwelt Risiken prägen.

Tschornobyl hat die Wahrnehmung der nuklearen Gefahr in der Ukraine tiefgreifend geprägt. Einerseits unterscheiden die meisten Ukrainer:innen heute zwi-

schen der Katastrophe von 1986 und der Kernenergie als industriellem Sektor: Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt Kernenergie als gefährliche, aber nützliche Ressource wahr. Andererseits bietet die Erinnerung an Tschornobyl einen anschaulichen Bezugspunkt, der die Folgen eines nuklearen Unfalls eher real als abstrakt erscheinen lässt. Diese historische Erfahrung prägt das öffentliche Bewusstsein während des aktuellen Krieges, insbesondere angesichts der russischen Besetzung des Kernkraftwerks Saporischschja und der russischen Militäraktivitäten rund um andere Nuklearstandorte.

Das nukleare Risiko wird durch eine breite Sicherheitsperspektive interpretiert: geopolitische Risiken, die durch Krieg und Energieabhängigkeiten entstehen, Fragen des Umweltschutzes, die Anfälligkeit alternder Reaktoren aus der Sowjetzeit sowie das Fehlen langfristiger Stilllegungspläne für Kernkraftwerke. Tschornobyl hat die Ukrainer:innen nicht einheitlich zu Gegner:innen der Kernenergie gemacht – aber es hat ein bleibendes Verständnis für die nukleare Gefahr verankert. Letzteres prägt die Erwartungen an staatliche Verantwortung, regulatorische Unabhängigkeit und die Notwendigkeit einer klaren, sicheren Energiewende in Kriegszeiten und darüber hinaus.

Der Kommentar ist eine gekürzte Version eines Textes, der auf [boell.de](https://www.boell.de) erschienen ist und in dem auch ausführlich auf die Entstehung der Umweltbewegung in der Ukraine nach der Tschernobyl-Katastrophe eingegangen wird (<https://www.boell.de/de/2026/03/31/ukraine-tschornobyl-wirkt-bis-heute-die-zivilgesellschaft>). Die Redaktion der Ukraine-Analysen bedankt sich bei der Autorin und der Heinrich-Böll-Stiftung für die Erlaubnis zur Nachnutzung.

Über die Autorin

Anna Ackermann ist Expertin für Energie-, Klima- und Umweltpolitik mit Schwerpunkt auf dem grünen Wiederaufbau der Ukraine. Ihre Expertise umfasst politische Reformen, die Beteiligung der Zivilgesellschaft und internationale Kooperation. Sie engagiert sich vielfach führend in Umweltorganisationen.

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Assistenz: Mykhaylo Kobryn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Cindy Wittke-Hohlfeld, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

